



Geschäftsführung Rechnungsprüfungsausschuss

Frau Rothe

Telefon: (0221) 221 22928

Fax: (0221) 221 25501

E-Mail: sabrina.rothe@stadt-koeln.de

Datum: 04.04.2019

Niederschrift

über die **Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 02.04.2019, 17:03 Uhr bis 18:43 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Frau Monika Möller	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Claudia Heithorst	CDU
Frau Luisa Schwab	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Herr Volker Görzel	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Wilhelm Geraedts	AfD
-----------------------	-----

Rechnungsprüfungsamt

Herr Hans-Jochen Hemsing
Herr Gustav Herrmann
Herr Ralf Jülich
Herr Christian Szymanski
sowie verschiedene Prüferinnen und Prüfer

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller Dez. I
Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert Dez. II

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	Dez. IV
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Dez. V
Herr Beigeordneter Markus Greitemann	Dez. VI
Herr Wolfgang Behrisch	26
Frau Pia Gies	01-1-2
Herr Stephan Glaremin	51
Herr Tobias Käufer	514
Frau Dr. Monique Offelder	01-1
Herr Richard Reischl	II
Herr Bernd Streitberger	46-Sanierung Bühnen Köln
Herr Michael Troost	VII-4
Frau Annika Wemhoff	204

Presse

2 Vertreter

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Margret Dresler-Graf	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Herr Detjen alle Anwesenden. Es ergeben sich folgende Zusetzungen zur Tagesordnung:

- 2.1 Höhe der Kosten für die Poller am Kölner Dom
Nachfrage von Herrn Schwanitz
Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 8.1
0993/2019

- zu 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Stand: 28.02.2019
1082/2019

- 10.1 Prüfung der Verfahrensabläufe im Bereich der Archäologischen Bodendenkmalpflege
Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 14.5
1150/2019

- 16.6 Prüfbericht Prüfung von Unterhaltungsmaßnahmen bei Dezernat VII - Kunst und Kultur
Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 13.3
1151/2019

Herr Detjen regt an, TOP 13.4 zu Beginn des nicht öffentlichen Teils zu behandeln, damit Herr Dr. Rau bei der Beratung anwesend sein kann.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist mit den Zusetzungen zur Tagesordnung und der veränderten Reihenfolge der Tagesordnungspunkte einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
 - 2.1 Höhe der Kosten für die Poller am Kölner Dom
Nachfrage von Herrn Schwanitz
Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 8.1
0993/2019
- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Beschlussvorlagen**
 - 5.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung
hier: Beschleunigung von Vergabeprozessen und Erfahrungsbericht
3430/2018
 - 5.2 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland
3110/2018
- 6 Mitteilungen**
 - 6.1 Flächenbericht für die Objekte im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, Stand 31.12.2018
Rechnungsprüfungsausschuss 26.06.2018, TOP 6.2
0382/2019
 - 6.2 Flüchtlingsunterbringung durch 56 - Amt für Wohnungswesen
hier: 23. Bericht zur Situation Geflüchteter
Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 10.1
Nachfrage von Herrn Detjen
0473/2019

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

8 Anfragen

- 8.1 Umdruck der Sitzungsunterlagen und iPads der Mandatsträger
hier: Kosten für die Doppelnutzung bzw. Rückgang zu Papier
Anfrage von Herrn Kaske
- 8.2 Abrechnung von Planungskosten mit den Planungsbüros bei Großprojekten
Anfrage von Herrn Detjen

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

- 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand:
31.01.2019
0666/2019
- Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand:
28.02.2019
1082/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 10.1 Prüfung der Verfahrensabläufe im Bereich der Archäologischen
Bodendenkmalpflege
Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 14.5
1150/2019

11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

12 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

13 Beschlussvorlagen

- 13.1 Prüfung 11/04-Zentrales Raummanagement
0724/2019
- 13.2 Prüfbericht Versteigerung von Kraftfahrzeugen bei 20 - Kämmerei über die
Internetplattform "Zoll-Auktion"
0953/2019

- 13.3 Prüfbericht Investorenmodell zum Bau von Kindertagesstätten bei 51 - Amt für Kinder, Jugend und Familie
0955/2019
- 13.4 Prüfung Doppeleinträge von Sozialleistungsbeziehenden im Zentralregister bei 50 - Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
0957/2019
- 13.5 Prüfbericht Abwicklung der Bauunterhaltung bei 261 - Objektmanagement hier: StLB-Rahmenverträge in den Gewerken Heizungs- und Sanitärtechnik
0810/2019
- 13.6 Bestellung und Abberufung von Prüfern des Rechnungsprüfungsamtes
0964/2019
- 14 Sachstandsberichte zu Prüfungen**
- 15 Mitteilungen**
- 16 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**
- 16.1 Prüfbericht Erteilung von straßenrechtlichen Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnissen bei 32 - Amt für öffentliche Ordnung
Rechnungsprüfungsausschuss 13.11.2018, TOP 13.1
0478/2019
- 16.2 Prüfbericht über die Beauftragungen von Rechtsanwälten bei 30 - Rechts- und Versicherungsamt
Rechnungsprüfungsausschuss 13.11.2018, TOP 13.2
0625/2019
- 16.3 Prüfbericht Abwicklung der Fundangelegenheiten bei 32 - Amt für öffentliche Ordnung
Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 13.1
0609/2019
- 16.4 Prüfung der Verfahrensabläufe im Bereich der Archäologischen Bodendenkmalpflege
Rechnungsprüfungsausschuss 26.06.2018, TOP 13.1
3796/2018
- 16.5 Prüfbericht Verwaltung der Blanko-Vordrucke im Bereich der Bürgerämter
Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 13.2
0945/2019
- 16.6 Prüfbericht Prüfung von Unterhaltungsmaßnahmen bei Dezernat VII - Kunst und Kultur
Rechnungsprüfungsausschuss 04.12.2018, TOP 13.3
1151/2019

17 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Höhe der Kosten für die Poller am Kölner Dom Nachfrage von Herrn Schwanitz Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 8.1 0993/2019

Herr Schwanitz bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung seiner Anfrage.

Herr Kaske möchte wissen, ob die Poller einwandfrei funktionieren und welche Erfahrungswerte bereits vorliegen.

Herr Dr. Keller weist darauf hin, dass das Ordnungsdezernat zusammen mit der Polizei für das Standort-Konzept zuständig gewesen sei. Eingebaut wurden die Poller von 66 - Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung. Es sei zu früh, um schon von Erfahrung zu berichten. Seines Wissens nach gäbe es aber bisher keine Probleme oder Beschädigungen mit bzw. an den Pollern. Die Verwaltung hat sich im Übrigen dazu entschieden, größtenteils feststehende Poller einzubauen. Auch dort, wo es aus einsatztechnischer Sicht besser gewesen wäre versenkbare Poller zu verwenden. Dies sei aufgrund baulicher Aspekte leider nicht überall möglich gewesen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es liegen keine Anträge vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es liegen keine Anfragen vor.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung hier: Beschleunigung von Vergabeprozessen und Erfahrungsbericht 3430/2018

Herr Detjen berichtet, dass er Herrn Hemsing um eine Einschätzung zu der Vorlage gebeten habe. Herr Hemsing sähe aus Sicht des Rechnungsprüfungsamtes keinen Hinderungsgrund die Vorlage zu beschließen. Gestern habe es im Finanzausschuss jedoch noch einige Fragen der SPD zu der Vorlage gegeben und somit wurde diese ohne Votum in den Rat verwiesen. Sein Vorschlag sei, sich diesem Beschluss anzuschließen.

Frau Gies merkt an, dass die im Finanzausschuss gestellten Fragen mittlerweile beantwortet wurden und dem Rechnungsprüfungsausschuss in Anlage 13 zu der Vorlage vorlägen. Es wurde gefragt, inwieweit sich die Anzahl der Vorlagen, die in den Ausschüssen zukünftig zu behandeln seien, ändern würde. Das Rechnungsprüfungsamt habe eine Auswertung vorgenommen und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass 2018 insgesamt bei 167 Beschlussvorlagen Bedarfsfeststellungen durch ein Gremium des Rates erfolgt sind. Mit den veränderten Wertgrenzen von 300.000,00 € anstatt 100.000,00 € würden nur noch 87 Stück angefallen, d.h. bei 80 Fällen wäre die Gremienbeteiligung weggefallen.

Herr Schwanitz findet die Erhöhung der Vorlagegrenze sinnvoll und empfindet dies als guten Weg, um der Verwaltung seitens der Politik Vertrauen auszusprechen. Er könne der Beschlussvorlage auch zustimmen, passe sich aber auch dem Vorschlag von Herrn Detjen an.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland 3110/2018

Herr Detjen schlägt vor, sich dem bisherigen Beratungsverlauf anzuschließen.

Herr Dr. Unna habe grundsätzlich keine Einwände. Er würde jedoch gerne von Herrn Hemsing erfahren, inwieweit ein Wechsel der Kernträgerschaft, die derzeit die Stadt Köln innehat, ein Vor- oder Nachteil für die Stadt Köln sei.

Herr Hemsing verweist diese Frage an die Fachverwaltung. Die Berufsfeuerwehr der Stadt Köln habe die Kernträgerschaft derzeit inne. Dort könne am besten beurteilt werden, ob bei einem Wechsel der Kernträgerschaft für die Bevölkerung der Stadt Köln ein Versorgungsnachteil entstehen würde.

Herr Dr. Unna konkretisiert seine Frage und erbittet sich eine Beantwortung zu den finanziellen Vor- oder Nachteilen.

Herr Hemsing betont, dass auch dies am besten von der Berufsfeuerwehr beantwortet werden könne.

Herr Dr. Keller stellt fest, dass wie in der Vorlage ausgewiesen sei, für die Ausschreibung die Ergebnisse der Landesregierung bezüglich des Luftrettungsdienstbedarfsplans abgewartet werden müssten. Wenn es einen Bedarf gebe, müsse es auch einen Kernträger geben. Derzeit sie dies durch Erlass die Stadt Köln, die die Kernträgerschaft als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung inne habe. Insofern stelle sich aus seiner Sicht nicht die Frage eines Trägerwechsels. Theoretisch wäre ein Wechsel möglich, jedoch müsse dann erst die geltende Rechtslage verändert werden.

Herr Detjen wirft ein, dass diese Frage schon oft diskutiert wurde. Er gehe davon aus, dass wenn es eine Einigung mit den umliegenden Kommunen gäbe, die Landesregierung dem nicht entgegenstehen würde. Er sagt, die Stadt Köln wolle keinen Wechsel der Kernträgerschaft. Er sei jedoch dafür, dass nach all den Jahren der Diskussion alle Optionen betrachtet würden

Herr Dr. Keller gibt den Hinweis, dass Herr Dr. Unna die Frage bereits im Gesundheitsausschuss gestellt habe. Die Verwaltung würde dort zu der Frage Stellung nehmen.

Herr Dr. Unna fragt nach, ob es richtig sei, dass ein Wechsel der Kernträgerschaft, aufgrund der Refinanzierung von Einsätzen durch die Krankenkassen, keinen finanziellen Nachteil für die Stadt Köln darstellen würde.

Herr Dr. Keller gehe hiervon aus. Jedoch könne es Investitionen geben, die für die Erfüllung der Pflichtaufgabe getätigt wurden, die dann verlorene Investitionen darstellen würden.

Herr Detjen bekräftigt dies.

Geänderter Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss schließt sich dem Votum und Vorgehen des Gesundheitsausschusses und Finanzausschusses an und empfiehlt dem Rat die Annahme von Punkt 1 und die Vertagung von Punkt 2 des folgenden Beschlussvorschlages:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem jetzigen Leistungserbringer, ADAC Luftrettung gGmbH, als Fluggerätebetreiber des Intensivtransporthubschrauber (ITH) „Christoph Rheinland“ inkl. Pilotenbesetzung, einen Interimsvertrag vom 01.07.2019 bis 29.02.2020 zu schließen.
2. Der Rat erkennt den Bedarf für die Sicherstellung der luftrettungsdienstlichen Leistungen mit dem Intensivtransporthubschrauber „Christoph Rheinland“ an und beauftragt die Verwaltung die Leistungen mittels einer europaweiten Ausschreibung für die Dauer von 10 Jahren auf der Basis des § 10 Abs. 2 RettG NRW in Verbindung mit § 13 Abs. 3 Satz 2 RettG NRW ab dem 01.03.2020 zu beschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Getrennte Abstimmung zu den Punkten 1 und 2.

Punkt 1: Einstimmig zugestimmt

Punkt 2: Vertagung in die nächste Sitzung

6 Mitteilungen

6.1 Flächenbericht für die Objekte im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, Stand 31.12.2018 Rechnungsprüfungsausschuss 26.06.2018, TOP 6.2 0382/2019

Frau Möller lobt die positive Entwicklung, da weitere Vermietungen zu verzeichnen sind. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe angeregt, dass die Mitteilung auch an die Bezirke gehe. Dazu lägen jedoch keine Rückmeldungen vor. Sie fragt, ob es tatsächlich keine Rückmeldungen aus den Bezirken gebe.

Herr Greitemann möchte dies im Nachgang prüfen.

Frau Möller gibt zu bedenken, dass ohne Rückmeldung aus den Bezirken, die Vorberatung dort nicht nötig sei.

Herr Detjen bittet Herrn Greitemann, die Anregung von Frau Möller aufzunehmen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 Flüchtlingsunterbringung durch 56 - Amt für Wohnungswesen hier: 23. Bericht zur Situation Geflüchteter Rechnungsprüfungsausschuss 12.02.2019, TOP 10.1 Nachfrage von Herrn Detjen 0473/2019

Herr Detjen möchte an die letzte Diskussion anschließen. Er habe in der FAZ einen Artikel über die Oberbürgermeisterin von Reutlingen, Frau Barbara Bosch, gefunden.

„Bei den Flüchtlingsgipfeln mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann setzte sie sich erfolgreich dafür ein, die pauschalen Abrechnungen der Unterbringungskosten der Flüchtlinge in Land- und Stadtkreisen durch die genauere Spitzabrechnung zu ersetzen“, FAZ, 1.4.2019. Die Kämmerei der Stadt Köln habe sich sehr viel Mühe bei der Aufstellung der Kosten für das Jahr 2017 gemacht, dies zeige auch der jetzige Flüchtlingsbericht. Er fragt, ob es nicht wichtig und richtig sei, dass die Oberbürgermeisterin sich inhaltlich das Thema von Frau Bosch zu Eigen machen würde.

Frau Prof. Dr. Diemert erneuere gerne ihre Ausführungen aus der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses und halte an den getätigten Zusagen fest. Selbstverständlich würde das Anliegen der Stadt Köln zu einer auskömmlichen Kostenerstattung weiterhin intensiv verfolgt. Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln würden sich im Städtetag NRW entsprechend einbringen und somit zu dessen Positionierung beitragen. Ein Schreiben mit der Bitte um Berücksichtigung der besonderen Kostensituation der Stadt Köln sei in Vorbereitung. Ihrer Einschätzung nach sei eine Spitzabrechnung auf politischer Ebene jedoch nicht durchsetzbar, da das Land NRW nicht dahingehend Anreizstrukturen setzen wolle, dass Kommunen Kosten verursachen, weil sie diese refinanziert bekommen. Sie gehe davon aus, dass es auf eine pauschale Abrechnung der Kosten hinausläuft. Sie würde sich deshalb dafür einsetzen, dass die Pauschale für die Stadt Köln möglichst hoch, d.h. auskömmlich, ausfällt.

Herr Detjen ist gespannt auf das angekündigte Schreiben. Er bittet darum, eine Kopie davon zu erhalten.

Herr Dr. Rau möchte dazu ergänzen, dass es nicht nur eine Frage der Erstattung der Ist-Kosten ist, sondern auch eine Frage der Gruppe, für die es eine Erstattung gibt.

Für Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge gibt es eine Kostenerstattung, für unerlaubt eingereiste Flüchtlinge -die sich auch im Kölner Stadtgebiet aufhalten- jedoch nicht. Auch diesbezüglich müsse sich der Deutsche Städtetag für die Belange der Kommunen einsetzen. Derzeit sei dies auch Thema in der Bundesregierung. Diese Entscheidungen seien ebenfalls abzuwarten und wichtig für die Refinanzierung.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Es liegen keine Beratungsergebnisse von Fachausschüssen vor.

8 Anfragen

8.1 Umdruck der Sitzungsunterlagen und iPads der Mandatsträger hier: Kosten für die Doppelnutzung bzw. Rückgang zu Papier Anfrage von Herrn Kaske

Herr Kaske berichtet, dass es in letzter Zeit immer wieder zu Störungen bei der Nutzung der iPads der Mandatsträger kommen würde. Dies führe dazu, dass es bei seinen Kolleginnen und Kollegen zur Forderung von einer Doppelvorbereitung von Papier und iPads käme oder sogar teilweise iPads zurückgegeben wurden und wieder nur noch Papierunterlagen gefordert würden. Er würde gerne wissen, welche Kosten dafür bisher entstanden seien und ob es möglich sei abzuschätzen, wie hoch der Personalaufwand für die Reparatur der iPads bzw. der Softwareprobleme seien.

Herr Detjen ist überrascht. Ihm seien solche Probleme nicht bekannt. Es gäbe mittlerweile die stabilere App-Anwendung Mandatos 3, die wohl noch nicht bei allen Ratsmitgliedern auf dem iPad installiert wurde.

Auch Herr Dr. Keller kann ein flächendeckendes Problem nicht bestätigen.

Herr Kaske gibt an, dass Ratsmitglieder bereits ihr iPads abgegeben haben, da diese seit geraumer Zeit nicht funktioniert hätten.

Herr Dr. Keller wirft ein, dass ihm das gelegentliche Haken von Mandatos bekannt sei, aber Probleme, die eine konsequente Nutzung von Mandatos verhindern würden, nicht. Er gehe dem gerne nach.

8.2 Abrechnung von Planungskosten mit den Planungsbüros bei Großprojekten Anfrage von Herrn Detjen

Herr Detjen möchte gerne wissen, ob die Kosten für die Planungsbüros bei Bauvorhaben nach dem Auftragsvolumen oder nach der abgewickelten Arbeit abgerechnet werden.

Herr Greitemann berichtet, dass in der Regel, wenn kein pauschaler Festpreis verhandelt wurde, gemäß der Honorarordnung für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) nach dem gesamten Bauvolumen abgerechnet würde.

Herr Detjen stellt fest, dass je höher das Bauvolumen ausfallen würde, auch der Ertrag für das Planungsbüro steigen würde. Dies sei seiner Meinung nach ein Anreizsystem. Es sei diesbezüglich sinnvoller einen Festpreis auszuhandeln. Er bittet die Verwaltung darum, dies zu thematisieren.

Herr Greitemann stimmt Herrn Detjen zu. In der Regel sei das Vergaberecht jedoch so gestaltet, dass wenn nach HOAI beauftragt würde, so abgerechnet werden müsse, wenn nicht im Verhandlungsverfahren ein Festpreis ausgehandelt würde.

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand: 31.01.2019 0666/2019

Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz - Stand: 28.02.2019 1082/2019

Herr Detjen bittet Herrn Streitberger darum, die Terminabweichung bzw. die Projekttermine noch einmal näher zu erläutern. Ebenfalls bittet er um Erläuterung zu dem Balken „verzögerter Maßnahmenbeginn“.

Herr Streitberger erklärt, dass der Balken die graphische Darstellung der Mitteilung aus August 2018 sei. Der Haustechniker habe mitgeteilt, dass er mit der derzeitigen Planungsphase, der Großplanung, länger brauchen würde. Er habe im April 2018 vier Monate mehr Zeitbedarf annonciert. Dies wurde nicht akzeptiert. Durch Gespräche wurde im Juli 2018 festgestellt, dass es zu einer tatsächlichen Planungsverzögerung von drei Monaten kommen würde. Die Planungsleistung sollte ursprünglich am 15.02.2019 fertiggestellt werden. Als neuer Termin würde nun der 31.05.2019 feststehen. Der Balken sei somit die graphische Darstellung von dem, was schon im Sommer letzten Jahres breit diskutiert worden sei.

Er möchte auf die Besonderheit im Januar Bericht hinweisen. Die Verpflichtungen der Stadt Köln seien von 380 Mio. € auf 374 Mio. € gesunken. Dies sei auf den ersten Blick erstaunlich.

Hintergrund dessen sei, dass genau kontrolliert wurde, wozu die Stadt Köln tatsächlich verpflichtet sei. Derzeit gäbe es ein Etat von 404 Mio. €. Die derzeitige aktuelle Kostenprognose aus dem Jahr 2017 weist jedoch bereits Kosten i.H.v. 545 Mio. € aus. Die Kostenfolgen sollen in der Vorlage zudem mit kommuniziert werden. Diese Informationen müsse die Politik haben, um über die Mehrkosten entscheiden zu können. Zum 30.06.2019 würde es eine neue Berechnung der Kostenfolgen sowie einen neuen Terminplan geben aus dem der Finanzbedarf resultieren würde. Die Vorlage würde für die Ratssitzung am 26.09.2019 angestrebt mit Vorberatungen im Betriebsausschuss Bühnen und dem Finanzausschuss. Vor dem Hintergrund, dass erst im zweiten Quartal 2019 neue Finanzbedarfe bewilligt werden würden, musste geprüft werden, wie lange eine Liquidität mit dem bisher bewilligten Etat i.H.v. 404 Mio. € sichergestellt sei. Nach der Prüfung der bisher eingegangenen Verpflichtungen sei der Etat bis Oktober 2019 auskömmlich. Es sei derzeit noch möglich, neue Verpflichtungen einzugehen und dann nach Beschluss der Vorlage für den Tag im September termingerecht auszuschreiben.

Ansonsten könne er laut Februar-Bericht mitteilen, dass der Einbau der Bühnentechnik im Sommer 2019 abgeschlossen werde. Das Paket der vorgezogenen Maßnahmen sei hinreichend identifiziert so dass schon Ausschreibungen erfolgen würden. Die Markterkundung sei im Februar 2019 abgeschlossen worden.

Daraus wurde unter anderem die Erkenntnis gezogen, dass wenn man Sicherheit, Verlässlichkeit der Kosten und der Termineinhaltung bei der Planung haben wolle, die Ausführungsplanung auch durch die Firmen selber durchgeführt werden könne. Dieser Alternative würde im April und Mai durch weitere Markterkundungsgespräche mit großen Firmen, die für eigene Planungen Kapazitäten hätten, nachgegangen. Danach würde eine sachgerechte Entscheidung getroffen werden. Es wurden bereits Zeitverzögerungen verzeichnet und weitere in Aussicht gestellt, die allerdings noch nicht akzeptiert wurden. Deshalb sei es umso wichtiger, Alternativen zu prüfen.

Positiv mitzuteilen sei, dass bereits 88% der Firmengespräche abgeschlossen seien. Im Juni 2019 sei er dann in der Lage auch diesbezüglich einen Abschlussbericht zu fertigen.

Die Kostenentwicklung der Baustelle sei mit 2,5 Mio. € im üblichen Rahmen.

Herr Detjen fragt nach, wer die Planung der Anbieter prüfen würde, wenn diese Planen und Bauen würden.

Herr Streitberger berichtet, dass die Stadt Köln selbst keine Kapazitäten dafür habe. Die Prüfung würde durch den Objektüberwacher Haustechnik, ein weiteres Beratungsunternehmen Haustechnik sowie durch den Projektsteuerer Zarinfar erfolgen, die für die Stadt Köln die wichtigsten Prüfer für Planungen des Haustechnikers seien, aber auch für alle anderen Firmen.

Herr Detjen weist darauf hin, dass am 24.09.2019 der Rechnungsprüfungsausschuss tage und dann über die Kosten für die Ratsvorlage diskutiert werden könne bzw. der Bericht entgegen genommen werde.

Herr Streitberger teilt mit, dass er den Rechnungsprüfungsausschuss nicht als vorbereitendes Gremium für die Ratsvorlage vorgesehen habe, da er die übliche Beratungsreihenfolge Betriebsausschuss, Finanzausschuss, Rat einhalten wolle. Wenn Herr Detjen es jedoch wünschen würde, dann könne er die Beratungsreihenfolge erweitern.

Herr Detjen ist der Meinung, dass die Diskussion bzw. das Thema im Rechnungsprüfungsausschuss weiter geführt werden solle. Er denke über das Angebot von Herrn Streitberger nach.

Herr Streitberger betont, dass weiterhin die monatlichen Berichte in den Rechnungsprüfungsausschuss gegeben würden und somit für den Ausschuss auch ohne die Ratsvorlage kein Informationsdefizit entstehe.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

gez. J ö r g D e t j e n
Ausschussvorsitzender

gez. Sabrina Rothe
Schriftführerin